

Bürger und Ärzte protestieren

BEREITSCHAFTSDIENST Viel Kritik an Neuregelung bei Versammlung in Nußbaum

Vom 29.01.2010

NUSSBAUM (mp). Seit dem 1. Januar des Jahres wird der ärztliche Bereitschaftsdienst für den Bereich Bad Sobernheim/Odernheim über die "Bereitschaftsdienst-Zentrale Glan" im Krankenhaus Meisenheim abgewickelt. Gegen diese Neuregelung protestieren viele Bürger. Mehr als 2500 Unterschriften wurden von Gegnern schon gesammelt.

Veranlasst hat die neue Regelung die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Rheinland-Pfalz mit Sitz in Mainz. Die CDU-Landtagsabgeordnete Bettina Dickes hatte nun zu einer Informationsrunde nach Nußbaum eingeladen, um mit Ärzten und Bürgern über die neue Regelung zu diskutieren. Gut 160 interessierte Bürger waren gekommen, darunter auch viele praktizierende Hausärzte.

Der Monzinger Arzt, Dr. Peter Esch, brachte es gleich zum Beginn der Diskussion in Nußbaum auf den Punkt. Der ärztliche Bereitschaftsdienst in der Verbandsgemeinde Bad Sobernheim habe seit über zwei Jahrzehnten gut funktioniert. Er könne nicht verstehen, weshalb dieses System ohne Not zerschlagen werde. Zeitnah und wohnortnah seien die Patienten vorher versorgt worden.

Im Podium saßen, neben der Moderatorin Bettina Dickes, Dr. Peter Esch, der sich vehement für die Erhaltung der bisherigen Bereitschaftsregelung für Ärzte einsetzt, Dr. Josef Rosenbauer, Generalsekretär und Gesundheitsexperte der CDU-Landtagsfraktion und Torsten Erb, Leiter der Abteilung "Sicherstellung der ärztlichen Versorgung" bei der KV.

Dr. Esch, von der Moderatorin als "Anführer der Aufständischen" bezeichnet, erklärte, dass die KV eine zu hohe Belastung für die Ärzte durch den Bereitschaftsdienst gesehen hatte. Dem widersprach Dr. Esch, denn 17 Kollegen hätten den Dienst in der Vergangenheit geleistet, in der Regel hatte jeder Arzt etwa einmal pro Quartal Bereitschaftsdienst.

Neben den großen Entfernungen zwischen manchen Orten in der Verbandsgemeinde Bad Sobernheim und der Zentrale in Meisenheim wurden weitere Mängel während der Diskussion deutlich. Zum Beispiel hat sich herausgestellt, dass die Bereitschaftszentrale in Meisenheim nicht genügend Ärzte zu Verfügung hat. So seien Ärzte der VG Bad Sobernheim nach alphabetischer Reihenfolge zum "Hintergrunddienst" eingeteilt worden. Das bedeutet: Wenn in der Zentrale keine Ärzte zur Verfügung stehen, haben diese Ärzte Bereitschaftsdienst in der Meisenheimer Zentrale zu leisten.

Torsten Erb erklärte, dass für das gesamte Land Rheinland-Pfalz der ärztliche Bereitschaftsdienst künftig über Zentralen wie die in Meisenheim geregelt werden soll. Erb stellte die Einrichtung einer weiteren Zentrale in Kirn in Aussicht, die möglicherweise zu einer Entspannung der Patientenströme im Nahetal führen könne. Doch da regte sich Widerstand. Dr. Christian Mann fragte, wo denn die Ärzte für die Kirner Zentrale herkommen sollten, offensichtlich sei es doch schon ein Problem die Zentrale in Meisenheim mit Ärzten zu besetzen. "Wenn wir Politiker so vorgehen würden wie die KV, würden wir nur einmal gewählt", machte Verbandsbürgermeister Rolf Kehl deutlich. Dass sich nicht genügend Ärzte freiwillig zum Dienst in der Meisenheimer Bereitschaftszentrale gemeldet haben, führte Dr. Gabriele Mayerhofer auch auf die Vergütung zurück.

David Bohn vom Ambulanten Pflegedienst aus der Felkestraße hat Angst, dass seine Patienten jetzt wesentlich schlechter betreut werden: "Das wird eine Kostenexplosion geben, denn eine vermehrte Einweisung durch den Rettungsdienst wird die Folge sein." Lothar Iseke vom Deutschen Roten Kreuz bestätigte, dass eine deutliche Erhöhung der Einsätze mit dem Rettungswagen zu verzeichnen sei. Viele Patienten würden lieber Rettungswagen und Notarzt rufen, statt auf den Arzt aus Meisenheim zu warten. Dieter Stark, der in Monzingen und Bad Sobernheim weit über 2000 Stimmen gegen die neue Regelung sammelte, verdeutlichte: "Eine Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Seesbach nach Meisenheim ist eine Tagesfahrt." Der Aufschrei der Bevölkerung müsse doch gehört werden und diese unsinnige neue Regelung wieder abgeschafft werden.

"Wenn die Mehrzahl der Ärzte und die Bevölkerung den neuen Bereitschaftsdienst nicht wollen, dann muss mir mal einer erklären, warum die funktionierende kollegiale Bereitschaftsregelung abgeschafft wurde", sagte Stadtbürgermeister Dr. Felix Welker zum Abschluss.